

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei vom Postamt vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1888 unter Nr. 843.)

### Zusertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Reuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Der soziale Frieden.

Es giebt ein allbekanntes Bild, welches die Jagd nach dem Glück darstellt. Man sieht ein verführerisches Weib auf einer rollenden Kugel dahinschweben, während ein toller Schwarm von Glückrittern hinterdrein jagt und nicht des Abgrunds achtet, in den er zu stürzen droht, während die lustige Erscheinung leicht darüber hinweggetragen wird. In dieses Bild werden wir immer erinnert, wenn naive Leute vom „sozialen Frieden“ sprechen. Gewiss, der soziale Friede ist auch unser Traum und wir halten es für die Aufgabe der besten Geister eines Volkes, über die Möglichkeit seiner Herstellung nachzusinnen. Aber wie soll er in dieser modernen Gesellschaft hergestellt werden mit ihren tiefen Klassenunterschieden, mit ihrem harten „Kampf ums Dasein“, mit ihrer Jagd nach Gewinn und mit ihren unauflösbaren Katastrophen? Um zum sozialen Frieden zu gelangen, muß das Dasein des Einzelnen auf eine Grundlage von weit mehr Sicherheit gestellt werden können, als gegenwärtig geboten ist.

Andere Leute sind in diesem Punkte freilich nicht so weit gegangen wie wir. Die Herren von der „National-liberalen Korrespondenz“ haben einen anderen Begriff vom „sozialen Frieden“. Sie sind der Meinung, der soziale Friede müsse dadurch gesichert werden, daß man das Sozialistengesetz nicht mehr mit Zeitbeschränkung verlängert, sondern dasselbe dauernd macht. Die Herren sind davon besorgt, das Gesetz möchte nicht mehr zeitig genug an den Reichstag gelangen. „Man wird“, so schreibt das erwähnte Organ der national-liberalen Partei, „daher wünschen müssen und es auch für wahrscheinlich halten dürfen, daß die Angelegenheiten des Reichstages doch schon in der bevorstehenden Session erledigt werden, wenn auch erst in der zweiten Hälfte derselben. In welcher Richtung und mit welchem Erfolg das geschehen wird, darüber sind heute noch kaum Vermutungen gestattet. Jedenfalls aber wird wohl auf allen Seiten des Reichstages die Ueberzeugung herrschen, daß jetzt endlich ein dauernder Zustand in der Behandlung dieser Bewegung eintreten muß, daß die fortwährenden kurzen Erneuerungen des bestehenden Gesetzes nicht länger fortgewirtschaftet werden kann. Und auf alle Fälle muß diese Angelegenheit noch mit dem gegenwärtigen Reichstag getroffen werden, von welchem man überzeugt sein kann, daß er verständigen und zweckmäßigen Maßnahmen zur Sicherung der Ordnung und des sozialen Friedens zugänglich ist. Der Personenwechsel im preussischen Ministerium des Innern eröffnet auch bessere Aussichten, zu einer Verständigung über ein gutes dauerndes Gesetz zu gelangen.“

Da haben wir es also mit bürren Worten: man hofft eine „Sicherung des sozialen Friedens“ davon, daß die Zeitbeschränkung beim Sozialistengesetz wegfällt! Ob die Mäcker der „National-liberalen Korrespondenz“ selber an diese Schulweisheit glauben, wissen wir nicht; es ist aber möglich, daß sich die Herren National-liberalen so viel auf ihre „Staatsmännlichkeit“ einbilden. Aber von ernsthaften Politikern wird diese national-liberale Leistung voll und ganz gewürdigt werden. Niemand, der einen Einblick in die Anschauungen unseres Volkes hat, wird leugnen wollen, daß die Art, wie das Sozialistengesetz von verschiedenen Behörden angewendet worden ist, Aufregung, Beunruhigung und Unzufriedenheit in die weitesten Kreise getragen hat, auch in solche, welche den sozialistischen fern oder gar feindlich gegenüber stehen. Die Verbote harmloser Schriften, die harten Strafen wegen Verbreitung verbotener Drucksachen, die Auflösungen und Verbote so vieler Versammlungen und Vereine ohne auch nur den Anhängern des Sozialistengesetzes genügende Begründung, was häufig eine Korrektur seitens der höheren Behörden veranlaßte, die vielen Geheimbundsprozesse, die Hunderte von Ausweisungen, alles das trägt aber nach der Meinung der „National-liberalen Korrespondenz“ zur Sicherung des sozialen Friedens bei, wenn nur das Sozialistengesetz dauernd gemacht wird. Wir glauben, die Herren National-liberalen begehen hier eine sehr naive Verwechslung. Seitdem der Sozialismus unter einer Ausnahme-gesetzgebung steht, können die National-liberalen von der Sozialdemokratie in Rede und Schrift nicht mehr so energisch bekämpft werden wie früher. Dieser „Gottesfrieden“ ist der national-liberalen Partei natürlich sehr angenehm gekommen und hat ihr eine bequeme Zuflucht für die Klammerlichkeit ihrer Theorien und Argumente in politischer und ökonomischer Beziehung geboten. Sie verwechseln diesen „Frieden“ mit dem sozialen Frieden, mit dem Frieden der ganzen Gesellschaft, was der Partei der „Staatsmännchen“ allerdings nicht passieren kann. Sie blähen sich so gerne auf.

Der soziale Friede würde unseres Erachtens ungemein gefördert werden durch die völlige Abschaffung des Sozialistengesetzes. Daran denken die Herren National-liberalen natürlich nicht, sondern sie wollen „verständige und zweckmäßige Maßnahmen“ haben. Was die national-liberale Presse mit ihrer reservatio mentalis unter solchen Maßnahmen versteht, kann man sich leicht denken.

Vor einiger Zeit betonte die national-liberale Presse hauptsächlich, daß es sich um eine Milde rung des Sozialistengesetzes in erster Linie handle, daß man die Härten beseitigen wolle,

\*) Vorbehalt in Gedanken, den der Liberalismus immer Jesuiten zum Vorwurf macht.

wie sie in den Ausweisungsbestimmungen vorhanden sind, und daß man die Verwaltungsjustiz beseitigen und die Handhabung des Sozialistengesetzes hauptsächlich dem ordentlichen Richter übertragen wolle. Gegenwärtig wird am meisten betont, daß an Stelle des gegenwärtigen, mit Zeitbeschränkung versehenen Gesetzes vor allen Dingen ein dauerndes zu treten habe, und wir haben schon darauf hingewiesen, daß einzelne hervorragende Mitglieder der national-liberalen Partei betont haben, das Gesetz werde in seinen wesentlichen Bestimmungen bestehen bleiben, resp. in das gemeine Recht überführt werden. Wie es scheint, bereiten sich die Herren National-liberalen in dieser Frage auf einen jener großartigen und berühmten Eiertänze vor, die sie mit so viel Grazie auszuführen verstehen, die ihnen beim Volke aber immer nur eine bedeutende Verminderung des Ansehens und Vertrauens eingebracht haben. Das Volk wird auch sicherlich den „sozialen Frieden“ nicht vom Sozialistengesetz erwarten, das nur ein Kampfgesetz ist, und die Wirkungen der sogenannten Kampfgesetze zu beobachten haben wir nun in Deutschland zwei Jahrzehnte hindurch Gelegenheit genug gehabt.

Im Uebrigen sind wir gar nicht darauf gespannt, was die national-liberale Weisheit ausarbeiten wird. Es wird uns zu jeder Zeit noch früh genug kommen.

### Das „freisinnige“ Bürgerthum.

Es ist ergötzlich mit anzusehen, wie sich die freisinnigen Blätter über die wirklichen oder vermeintlichen Ursachen der Wahlniederlage ihrer Partei mit einander herumschlagen. Die wirklichen Gründe zu würdigen, fällt ihnen schwer, denn in dieser Partei ist mit den Führern ein so lächerlicher Personenkultus getrieben worden, daß ein „freisinniger“ Journalist sich nicht leicht zu einer selbstständigen Abwägung darüber aufschwingen kann, ob das, was ein Eugen Richter oder ein Ackerer gethan, die lautere Staatsweisheit ist oder nicht. Die „freisinnigen“ Führer haben für eine nimmermüde Bekämpfung ihrer werthen Persönlichkeiten gesorgt und der Weisheitsphilister, der ehrfurchtsvoll zu diesen in den Wolken hoher Politik gravitatisch dahin wandelnden Erscheinungen empor sah, konnte gar nicht umhin, sie als Staatsmänner ersten Ranges zu betrachten.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß die Fusion, das „große Werk“ des Herrn Richter, den Keim zu dem Verfall der freisinnigen Partei in sich birgt, weil sie die Partei mit unzuverlässigen Elementen überflutet, die alten zuverlässigen aber abgestoßen hat. Die Zustände in der freisinnigen Partei sind nun, nach der großen Niederlage, schon mehr als bloße Anzeichen des Verfalls; es ist der Verfall selbst, der da zum Vorschein kommt.

Aber die freisinnige Partei wird nicht nur deshalb zu Grunde gehen, weil sie kurzschichtige und unsfähige Führer hat; sie wird ihre Zertrümmerung auch noch durch andere Ursachen

### Feuilleton.

### Raskolnikow.

Roman von F. M. Dostojewski.

aus dem Russischen übersetzt von Wilh. Gendel.

Eine fürchterliche Angst hatte sich nach diesem zweiten, unermesslichen Noth seiner bemächtigt; — am liebsten wäre er gleich davongelaufen. Wäre er in diesem Augenblick im Stande gewesen, klar zu denken und zu überlegen, hätte er die Schwierigkeit seiner Lage, ihre ganze Hoffnungslosigkeit, Gräßlichkeit und ihren Widerstand vollständig übersehen können, hätte er begriffen, wie viele Hindernisse er noch zu überwinden hätte, wie viel Unthaten er vielleicht noch begehen müßte, um von hier fort und nach Hause zu kommen, so hätte er leicht alles stehen und liegen gelassen und sich ausgeliefert; nicht etwa, weil er sich fürchtete, sondern aus Entsetzen und Abscheu vor seiner That. Haupt- sächlich der Abscheu war es, der sich in ihm regte und Preis um Preis zu Minute wuchs; er wäre jetzt um keinen Preis zum Koffer, nicht einmal ins andere Zimmer wäre er gegangen.

Aber es war eine gewisse Zerstreuung, eine Art Verwirrung über ihn gekommen; momentlang war er wie ein Aufmerksamkeitslose auf Nebendinge. Als er zufällig in den Keller sah, fiel es ihm ein, sich die Hände und das Gesicht zu waschen. Die Hände lebten von Blut. Das Weib hatte er ins Wasser, nahm ein Stückchen Seife, das auf dem zerbrochenen Untertasse auf dem Fenster lag, und wusch sich die Hände im Eimer. Dann zog er das Weib wieder heraus, wusch das Eisen und rieb etwa drei Minuten lang das Holz ab, benutzte sogar die Seife dazu. Als dann trocknete er alles mit Wäsche, die in der Küche hing, ab und besah nach lange das Weib am Fenster. Es war keine Spur von

Blut mehr vorhanden, nur das Holz war noch feucht. Vorsichtig steckte er das Weib in die Schlinge unter der Achsel. Dann besah er, soviel die in der Küche herrschende Dunkelheit es gestattete, Fuß, Hofe und Stiefel. Allem Anschein nach war nichts Verdächtiges zu sehen, nur auf den Stiefeln entdeckte er einige Flecke. Er beschaute einen Lappen und rieb sie ab. Er wußte übrigens, daß er sich nur ganz oberflächlich unterfucht habe und daß er vielleicht doch noch etwas übersehen hatte. Sinnend stand er mitten in der Küche; quälende, finstere Gedanken stiegen in ihm auf, Gedanken, daß er vielleicht wahnsinnig sei, daß er in diesem Zustand weder Kraft zum Ueberlegen, noch um sich zu vertheidigen habe und daß er jetzt gar nicht das thue, was er thun müßte. „Mein Gott! flüchten, flüchten!“ murmelte er und lief ins Vorzimmer. Hier aber traf ihn ein noch ganz anderer, gänzlich unerwarteter Schreck.

Er stand da, schaute, — und konnte seinen Augen nicht trauen. Die Thür, die äußere Thür, die auf die Treppe führte, durch die er vorher eingetreten war, — stand offen, war eine Hand breit geöffnet! — Weber war der Schlüssel umgedreht, noch war der Haken eingehakt! Die Alte hatte offenbar die Thür hinter ihm nicht zugemacht, vielleicht aus Vorsicht. Aber, o Gott! er hatte doch nachher noch Lisaweta gesehen! Wie hatte er nur außer Acht lassen können, daß sie doch irgendwie hereingekommen sein mußte! . . . sie war doch nicht durch die Wand gekommen!

Er stürzte auf die Thür zu und verschloß sie mit dem Haken.

— Aber nein, das ist wieder nicht das Richtige! Fort muß ich, fort!

Er hatte wieder auf, öffnete die Thür und horchte die Treppe hinunter!

Er horchte lange. Weit unten, vielleicht uferm Thorweg, hörte er kreischen, schreien, streiten und schimpfen, es schienen zwei Stimmen zu sein. „Was treiben sie nur da?“ Er wartete geduldig; plötzlich wurde wieder alles still, die Streitenden waren auseinander gegangen. Er war eben im Begriff hinauszugehen, als sich plötzlich, ein Stod-

werk niedriger, eine Thür nach der Treppe zu geräuschvoll öffnete und jemand trällernd hinunterging. „Was sie nur immer lärmen,“ dachte er bei sich. Er zog die Thür zu und wartete wieder. Endlich trat Stille ein. Eben wollte er hinaus auf die Treppe gehen, als er abermals Schritte vernahm.

Diese Schritte waren noch weit, ganz unten an der Treppe, aber er erinnerte sich deutlich, daß er schon vom ersten Ton an den Verdacht hatte, diese Schritte würden hierher ins vierte Stock, zur Alten kommen. Washalb? War es etwa ein besonderes bedeutungsvolles Geräusch? Es waren schwere, gleichmäßige, nicht eilende Schritte. Sie hatten das erste Stockwerk erreicht, kamen näher, wurden deutlicher! Man hört schon das schwere Atmen des Heraussteigenden. Er ist bereits auf der dritten. . . richtig, er kommt hierher! Plötzlich schien es ihm, er sei versteinert, alles sei ein Traum, in dem man auch häufig, in Todesfurcht, stehen möchte und, wie angewurzelt, kein Glied zu rühren im Stande ist.

Endlich, als der Sichnährende schon die vierte Treppe zu ersteigen begann, fuhr Raskolnikow plötzlich zusammen und fand noch die Möglichkeit, schnell und leicht in die Wohnung zurückzukehren und die Thür hinter sich zuzumachen. Dann nahm er den Haken und legte ihn leise, unhörbar vor. Sein Instinkt hatte ihm geholfen; er blieb athemlos dicht hinter der Thür stehen. Der Unbekannte war auch bereits an der Thür. Sie standen einander jetzt ebenso gegenüber, wie er und die Alte vorher, als sie die Thür von einander trennte, und er lauschte. Der Fremde athmete einige Mal tief. „Er scheint groß und dick zu sein,“ dachte Raskolnikow, das Weib krampfhaft festhaltend. Ihm war wirklich zu Muthe, als ob er träume. Der Fremde ergriff den Klingelzug und schellte heftig.

Als der blecherne Ton der Glocke ertönte, kam es Raskolnikow vor, als ob sich etwas in Zimmer regte. . . er horchte einige Sekunden lang hin. Der Unbekannte schellte noch einmal, wartete wieder und begann dann ungeduldig mit aller Kraft an der Thürklinke zu rütteln. Raskolnikow blickte mit dumpfer Angst auf den Haken, er fürchtete,

beschleunigt sehen. Vor allen Dingen wendet sich die Masse immer entschiedener von der öden manchesterlichen Politik ab, die jede Ordnung des wirtschaftlichen Wirkens durch die staatliche Gesetzgebung staatsfremd als einen Eingriff in die „Freiheit“ des Einzelnen bezeichnet. Dies Vergnügen können sich Leute schon erlauben, welche in der Wohl ihrer Eltern vorzüglich gewesen und dementsprechend stult sind. Anders aber die Bedürftigen, deren Hoffnungen auf bessere Zeiten nur darin gegründet sind, daß einmal eine vollständige Gesetzgebung kommen werde, geeignet, dem Einzelnen den Kampf um das Dasein leichter zu gestalten.

Die hoffnungslose manchesterliche Politik hat das Spießbürgerthum und die Bauern in besten Haufen zu den kontervaativen Sozialpolitikern und zu den Agrariern getrieben.

Wir sind immer überzeugt gewesen, daß in der „freisinnigen“ Partei sehr wenig von wirklichem Freisinn vorhanden ist. Früher bei der Fortschrittspartei war es und zu noch ein demokratischer Hauch zu verspüren; beim Freisinn ist nur „sanft-lebendes Fleisch“ zu sehen, das in den ausgetretenen Sehnen eines widerspruchsvollen Konstitutionalismus dahin wandelt und bei den Wahlen sich „entschieden liberal“ nennt, um ja nicht beim Spießbürger in den Verdacht demokratischer Anschauungen zu kommen. Aber selbst wenn die Führer der Freisinnigen wirklich die Oppositionsmänner wären, für die sie sich manchmal ausgeben, um bei anderen Gelegenheiten wieder im tadellosen Log-Statesrad zu erscheinen, so würde es doch immer eine Thorheit bleiben, eine willkürliche Oppositionspartei auf das sogenannte freisinnige Bürgerthum begründen zu wollen. Die „Vossische Zeitung“ hat eine sehr empfindliche Wunde berührt, als sie dieser Tage die Frage aufwarf, warum denn gerade die freisinnigen Wähler in Massen ins feindliche Prezelager desertirt seien, während man bei den Wählern aller anderen Parteien einen gewissen Unabhängigkeits-sinn antröfe, der in der That überall bald mehr bald weniger entwickelt ist, aber nie ganz verschwindet. Hier ist in der That des Pudels Kern. Das „freisinnige“ Bürgerthum ist mit verschwindenden Ausnahmen nur noch eine Illusion; es existirt nur in der Phantasie einiger wenig scharfsichtigen freisinnigen Politiker. Man spricht oft und gern vom Bürgerthum und vergißt nur zu leicht dabei, daß für ein solches und unabhängiges Bürgerthum auch eine ökonomische Unabhängigkeit erforderlich ist, wie sie der Bürger von ebendem besaß, dessen gewerliche Organisationen ihm seine Existenz garantierten. Darin lag auch die große historische Bedeutung der alten Handwerkerzunft so wenig sie auf heutige Verhältnisse mehr anwendbar ist. Aber der Bürger von heute ist ein abhängiger Mann geworden, seitdem der Großbetrieb das Handwerk in seinen Lebensbedingungen zerstört. Die Sorge um das Dasein, der tägliche Kampf mit den Widerwärtigkeiten, welche die „freie Konkurrenz“ mit sich bringt, die Unsicherheit des Gewerbes haben aus dem stolzen Bürgerthum von ebendem ein ängstliches, bekümmertes Wesen gemacht, das sich immer fürchtet, in seinem Erwerb geschädigt zu werden, wenn es mit seiner politischen Haltung in den höheren Regionen Anstoß erregt. So ehe kannte die Philister und Spießbürger sehr wohl, als er schrieb:

„Was ist der Philister? Ein hohler Darm voll Furcht und Hoffnung, das Gott erbarm!“

Diese Klage ist wohl nicht geeignet, die Grundlage für eine Oppositionspartei zu bilden. Dabei ist diese Opposition noch so ungeschickt, in ihrer manchesterlichen Veranlassung für den Handwerker die völlige Hoffnungslosigkeit insofern zu proklamiren, als sie ihm den bequemsten Rath giebt, sich „aus eigener Kraft“ wieder empor zu helfen.

Man kann sich, wenn man alle diese Thatsachen zusammenhält, nicht sonderlich darüber wundern, daß die „freisinnige“ Partei aus einander fällt. Sie wird bald nur noch Disziplin ohne Soldaten aufweisen können. Denn wie sollen die Massen zu dieser Partei kommen? Die Arbeiter werden sich schämevoll bedanken, diese wollen von Manchesterthum nichts wissen und erblicken ihr Heil in den sozialistischen Reformen der Zukunft. Der Versuch, durch die Gewerkschaften unter der Führung einer lichten Figur wie Max Hirsch die Arbeiter in das Schlepptau des „entschiedenen Liberalismus“ zu nehmen, schickerte kläglich gleich in seinen Anfängen, was nicht dadurch geändert wird, daß noch Trümmer dieser Organisationen bestehen.

Die freisinnige Partei theilt das Schicksal aller Parteien, die sich auf Halbdritten gründen. Man kann nicht zugleich loyal und oppositionell sein. Eine solche Partei wird unter dem Druck von rechts und links langsam zermolmt. So geht es den Deutschfreisinnigen.

## Politische Uebersicht.

Der Reichstag ist gestern mit folgender Thronrede eröffnet worden:

Geehrte Herren!

Als ich Sie beim Antritt Meiner Regierung zum ersten Male besuchte, standen Sie mit Mir unter dem Eindruck der schweren Schicksale, welche Mein Haus und das Reich im

derselbe könnte jeden Augenblick durch das Gezerre heraus-springen. Es wurde so stark gerüttelt, daß die Möglichkeit nahe lag. Schon wollte er den Regler festhalten, er fürchtete aber, jener würde es vielleicht bemerken. Es schien ihm, als ob er wieder schwindlig werden würde. „Jetzt werde ich ohnmächtig und falle hin!“ fuhr es ihm durch den Kopf, doch der Unbekannte fing an zu sprechen und er kam wieder zur Besinnung.

— Ja, was ist denn da los, schlafen sie etwa wie die Säde oder hat sie jemand erwürgt? . . . Verdammt! brüllte er wie aus dem Fasse. Oe, Aljona Iwanowna, alte Hege! . . . Ufawoia Iwanowna, beispiellose Schönheit! . . . Duff-et doch! . . . Ach, die Verwünschten, sollten sie wirklich schlafen?

Und abermals, in voller Wuth, rief er mindestens zehnmal an der Klingel. Das mußte wohl ein wichtiger und vertrauter Bekannter sein.

Jetzt wurden kurze, schnelle Schritte auf der Treppe laut; es kam noch jemand. Rasokolnikow hörte es erst, als der Neugelommene sprach:

— Ist denn niemand da? Er wandte sich an den ersten, der immer noch an der Glocke rief. — Guten Abend, Koch!

„Der Stimme nach muß er sehr jung sein,“ dachte plötzlich Rasokolnikow. — Weiß der Teufel, ich habe das Schloß beinahe schon abgerissen, antwortete Koch. — Woher kennen Sie mich denn?

— Nun, wie sollte ich Sie denn nicht kennen? Erst vorgestern im Cambrinus habe ich Ihnen drei Partien Billard der Reihe nach abgenommen.

— Ah!

— Es ist also niemand zu Hause? . . . sonderbar! Recht dumm übrigens; wohin könnte wohl die Alte gegangen sein? Ich hätte ein Geschäft mit ihr.

— Auch ich habe ein Geschäft!

— Nun, was ist da zu machen! Kommen Sie. Ach, fatal! . . . ich glaubte Geld zu kriegen! rief der junge Mann.

— Natürlich müssen wir gehen; weshalb aber bestellte

Laufe dieses Jahres erfahren haben. Der Schmerz über diese Verluste wird bei dem lebenden Geschlechte nie ganz erlöschen, aber er darf sich nicht hindern, den Anforderungen der Pflicht nach dem Vorbilde Meiner in Gott ruhenden Vorgänger mannhaft und treu gerecht zu werden. Von diesem Pflichtgefühl getragen und das gleiche bei Ihnen voraussetzend, entbiete ich Ihnen bei der Wiederaufnahme Unserer gemeinsamen Arbeiten Gruß und Willkommen.

Auf Meinen Reisen, welche Mich in verschiedene Theile des Reichs geführt haben, sind Mir überall, sowohl von Seiten Meiner Hohen Bundesgenossen wie der Bevölkerung die Beweise entgegengetreten, daß die Fürsten und die Völker Deutschlands dem Reich und seinen Einrichtungen mit rückhaltlosem Vertrauen anhängen und in ihrer Einigkeit die Bürgerschaft ihrer Sicherheit finden. Aus solchen Kundgebungen werden Sie mit gleicher Genugthuung, wie ich selbst, die Ueberzeugung geschöpft haben, daß die im Reich verödeten Einigkeit tiefe und feste Wurzeln im gesammten Volke geschlagen hat. Es ist Mir Bedürfnis, Meiner dankbaren Befriedigung hierüber auch an dieser Stelle Ausdruck zu geben.

Daß der Anschluß der Freien und Hansestädte Hamburg und Bremen an den Zollverband des Reichs nach schwierigen und eiferreichen Vorarbeiten nunmehr zur Ausführung gekommen ist, erfüllt Mich mit Genugthuung. Ich erblicke darin eine segensvolle Frucht Unserer einmüthigen Bestrebungen. Mögen die Erwartungen, welche sich für das Reich und die beiden bedeutendsten Seehandelsplätze an diese Erweiterung des Reichs-Zollgebietes knüpfen, in vollem Maße in Erfüllung gehen.

Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat eine Revision des Handelsvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz in Anregung gebracht. Von dem Wunsche geleitet, das bestehende freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern auch auf handelspolitischem Gebiete zu betätigen und zu fördern, bin ich dem Antrage bereitwillig entgegengekommen. Die Verhandlungen sind unter Theilnahme von Vertretern der der Schweiz benachbarten Bundesstaaten geführt worden und ihr Ergebnis besteht in einer Zusatzvereinbarung, durch welche die vertragsmäßige Grundlage des beiderseitigen Verkehrs erweitert und der Austausch der Erzeugnisse der gewerblichen Arbeit erleichtert wird. Die Uebereinkunft wird Ihnen nach erfolgter Annahme durch den Bundesrath mit dem Antrage zugehen, derselben Ihre verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Der Haushaltsplan für das nächste Rechnungsjahr wird Ihnen unterbreitet vorgelegt werden. Der Vorschlag giebt Zeugnis von der besorgniserregenden Lage der Reichsfinanzen. Infolge der in den letzten Jahren unter Ihrer Mitwirkung eingeführten Reformen auf dem Gebiete der Zölle und Verbrauchssteuern lassen sich Mehreinnahmen erwarten und auf Grund derselben werden nicht nur zur Erfüllung der unabweislichen Aufgaben des Reichs neue Mittel bereitgestellt werden, sondern es können auch den Bundesstaaten erhöhte Ueberweisungen für ihre Zwecke in Aussicht gestellt werden.

Mit Freuden begrüße ich die Anzeichen eines Aufschwungs auf verschiedenen Gebieten wirtschaftlicher Thätigkeit. Ist auch der Druck, welcher auf der Landwirtschaft lastet, noch nicht gehoben, so erhoffe ich doch im Hinblick auf die neuerdings eingetretene Rückbildung einer höheren Verwerthung einzelner landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Besserung auch dieses wichtigsten Zweiges unserer wirtschaftlichen Arbeit.

Der bereits früher angekündigte Gesetzentwurf zur Regelung der Gewerks- und Wirtschaftsvereinigungen wird Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden. Es steht zu hoffen, daß die Zulassung der Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht, welche der Entwurf vorsieht, auch für die Hebung des landwirtschaftlichen Kreditis sich heilsam erweisen werde.

Ergebnisse auf dem Gebiete der Krankenversicherung hervor-getretene Mängel bedürfen der gesetzlichen Abhilfe. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten sind soweit gefördert, daß Ihnen im Laufe der Session vorwiegend eine entsprechende Vorlage wird gemacht werden können.

Als ein theures Vermächtniß Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters habe ich die Aufgabe übernommen, die von ihm begonnene sozialpolitische Gesetzgebung fortzuführen. Ich gebe Mich der Hoffnung nicht hin, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Noth der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen, aber ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Verringerung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Beseitigung der auf dem Boden des Christenthums erwachsenden Mängel als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen. Die Schwierigkeiten, welche sich einer auf staatliches Gebot gestützten durchgreifenden Versicherung aller Arbeiter gegen die Gefahren des Alters und der Invalidität entgegenstellen, sind groß, aber mit Gottes Hilfe nicht unüberwindlich. Als die Frucht umfangreicher Vorarbeiten wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher einen gangbaren Weg zur Erreichung dieses Zieles in Vorschlag bringt.

Unsere afrikanischen Ansetzungen haben das Deutsche

se mich denn? Die Hege hat mir selbst die Stunde bestimmt! . . . ich habe deswegen einen Umweg gemacht. Ich kann nur nicht begreifen, wo, zum Teufel, sie hingegangen sein mag? Das ganze Jahr hindurch sitzt sie da und verkauert, die Beine schmerzen ihr, und nun geht sie auf einmal spazieren!

— Sollte man nicht den Hausknecht fragen?

— Was denn?

— Wohin sie gegangen ist und wann sie wieder kommt?

— Oh, zum Teufel auch, fragen! . . . Sie geht ja absolut nirgends hin . . . und er rief noch einmal an der Thürklinke. — Hol's der Teufel! Wollen wir gehen!

— Halt! rief plötzlich der junge Mann, — sehen Sie nur, sehen Sie, wie die Thür absteht, wenn man an der Klinke zieht!

— Nun?

— Sie ist also nicht mit dem Schlüssel verschlossen, sondern von innen, mit dem Haken; hören Sie, wie der Haken klappert?

— Nun?

— Ja begreifen Sie denn nicht? Es muß doch jemand zu Hause sein! . . . wenn sie fortgegangen wären, so wäre die Thür doch von außen mit dem Schlüssel zugehoben, nicht aber von innen mit dem Haken. Aber Sie hören ja, wie der Haken klappert! Um aber den Haken von innen vorlegen zu können, muß man doch zu Hause sein; begreifen Sie? Sie sitzen also drinnen, öffnen aber nicht!

— Bah! In der That! rief der erstaunte Koch. Was machen Sie denn aber da? Und während begann er aufs neue an der Thür zu zerrn.

— Halt! rief der junge Mann wieder, — rütteln Sie nicht! Hier ist etwas nicht in der Ordnung . . . Sie haben ja schon genug geschellt und gerüttelt — und man hat Ihnen nicht geöffnet; also sind beide entweder ohnmächtig oder . . .

— W-a-s?

— Das ist's; kommen Sie mal zum Hausknecht hinunter, mag er sie selbst aufwecken!

— Richtig! Beide gingen hinab.

Reich an der Aufgabe theilhaftig, jenen Welttheil für die Wohlthätigkeit der Millionen Englands und ihr Parlament haben vor hundert Jahren schon erkannt, daß die Erfüllung dieser Aufgabe mit der Belämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagd verbunden sein muß. Ich habe deshalb eine Verständigung mit England gesucht und gefunden, deren Inhalt ich Ihnen mitgeteilt werden wird. An dieselbe werden sich weitere Verhandlungen mit anderen befreundeten und theilhaftigen Regierungen und weitere Vorlagen für den Reichstag knüpfen.

Unsere Beziehungen zu allen fremden Regierungen sind friedlich und Meine Bestrebungen unausgesetzt dahin gerichtet, diesen Frieden zu befestigen. Unser Bündniß mit Oesterreich und Italien hat keinen anderen Zweck. Die Leben eines Krieges, und selbst eines siegreichen, ohne Noth über Deutschland zu verhängen, würde ich mit Meinem christlichen Glauben nicht mit den Pflichten, die ich als Kaiser gegen das deutsche Volk übernommen habe, nicht verträglich finden. In dieser Ueberzeugung habe ich es als Meine Aufgabe angesehen, bald nach Meinem Regierungsantritt nicht nur Meine Bundesgenossen, sondern auch die befreundeten und zunächst benachbarten Monarchen persönlich zu begrüßen und mit ihnen die Verständigung zu suchen über die Erfüllung der Aufgabe, die Gott uns anvertraut hat, Unsern Völkern Frieden und Wohlfahrt zu sichern, soweit dies von Unserem Willen abhängt. Das Vertrauen, welches Mir und Meiner Politik an allen von Mir befreundeten Höfen entgegen gekommen ist, berechtigt mich zu der Hoffnung, daß es Mir und Meinen Bundesgenossen und Fremden mit Gottes Hilfe gelingen werde, Europa den Frieden zu erhalten.

„Was ist Sklaverei? Oder richtiger: Was ist ein Sklave?“ Das ist die Frage, mit der die Veranlasser und Vollstrecker der Blotade an der afrikanischen Küste sich jetzt den Kopf zerbrechen. Die afrikanischen Sklavenhändler sind dahinter gekommen, daß sich die Sklaverei in verschiedene Formen theilt, und daß es Formen giebt, welche in Europa nicht verboten sind, also von den europäischen Blotademächten auch nicht gestoppt werden können. Sie haben deshalb das System der Kontrakt- und Kuli-Arbeit eingeführt, und alle diese sind zwar thatächlich, jedoch nicht der Form nach Sklaverei, genau wie andere Kontrakt- und Kuli-Arbeiter, an demselben freies Volk in Europa denkt. Die einzige Sklaverei, welche gegen dieses System der — gesetzlichen Sklaverei Front gemacht hat, ist die amerikanische, und diese theilt sich nicht an der Blotade. Jedemfalls werden die afrikanischen Sklavenhändler unter der ostafrikanischen Blotade nicht zu leiden haben — wahrscheinlich weniger, als die deutschen Sklavenerzähler.

Sehr unvorsichtig sind unsere Kartellbrüder bei der Sprengung des Ruma-Glücks-Sandals in Frankreich. So etwas kann nur in Frankreich vorkommen! Wir hätten nicht die Gründerstandale der 70er Jahre? Die dabei nicht viele der unter den Kartellbrüdern heute noch zu findenden Leute? Und hat etwa einer derselben den Versuch gemacht, die Anklage auf die Anlagebank zu bringen? Ich habe damals gehandelt es sich allerdings um Thatsachen, die nicht der Welt zu schaffen waren, wödingegen Herr Gilly keine Beweise für seine Anklagen vorzubringen vermochte. Ein französisches Blatt hat unseren Kartellbrüdern schon gedroht, die deutschen Standale in den höheren politischen Kreisen in eine Liste zusammenzustellen. Die Liste könnte lang werden — Das die Verhandlungen in Rom es zu einer Postkarte gemacht hat, gerade die Schuld des Herrn Gilly, der sich gemeint hatte, welcher sich ihm stellte. Uebrigens haben die französischen Abgeordneten Mittel zu finden haben, die Gilly zur Veröffentlichung seines Materials zu zwingen. Er bis jetzt veröffentlicht hat, ist nichts.

Deutsches Rosakenthum. Seit Jahren hat die russische Finanzverwaltung sich Mühe gegeben, einen größeren Anzulegen, und es ist ihr nicht gelungen. Die Gelder, welche durch den Austausch, noch mißtrauischer als die gegen die russische Regierung, welche neuerdings, um nur eine Anleihe von 30 Millionen aufzunehmen zu können, eine Menge von Anleihen und Gefällen ihren Gläubigern versprechen muß. Die russische Pumpt man nicht gern, weil sie schlecht Zinsen zahlen, und Ruffen bisher desgleichen. Nun ist es aber plötzlich anders geworden. Ein französisch-englisches Konsortium hat mit der Berliner Börse den Russen eine Anleihe von 400 Millionen zu Stande gebracht und die offiziellen Blätter brodeln über dieser Thatsache ein sehr beschönendes Stillschweigen, noch nicht lange her, seitdem die Berliner offizielle Presse so viel Aufsehen erregenden Feldzug gegen die russische Regierung in Szene gesetzt hat. Wir hatten damals vor uns nicht billigen, daß dieselbe Presse vorher die russischen Anleihen in Deutschland empfohlen hatte; im übrigen sind wir durchaus der Ansicht, daß die russischen Papiere zu den faulsten der Welt gehören. Das kann auch anders sein, denn bei der Wirtschaft, die der russischen Finanz-Verwaltung herrscht, kann man sich nicht wundern.

— Warten Sie! Bleiben Sie lieber hier, ich gehe allein zum Hausknecht gehen.

— Weshalb soll ich dableiben?

— Man kann nicht wissen . . .

— Meinertwegen.

— Ich bin Jurist, will Untersuchungsrichter werden! Hier ist augenscheinlich, augenscheinlich etwas nicht richtig! rief der junge Mann eifrig und lief die Treppe hinunter.

Koch blieb zurück, zog noch einmal leise an der Klingel, sie schlug einmal an; dann bewegte er leise, wie nachdenklich untersuchend, den Thürgriff, um sich wiederholte zu überzeugen, daß die Thür wirklich nur von innen zugehoben war. Dann bückte er sich stöhnend und blickte durch das Schloßloch; aber der Schlüssel fiel inwendig, man konnte nichts sehen.

Rasokolnikow stand da und hielt krampfhaft das Schloß gefaßt. Er hieberte und bereitete sich auf einen Kampf vor, falls jemand hereinkommen würde. Schon als sie rief, und sich beriet, hatte er den Entschluß gefaßt, alles ein wenig zu beenden und ihnen von innen zuzurufen. Zuweilen hatte er Lust verspürt zu schimpfen, sie zu rufen, bevor sie noch geöffnet haben würden. „Möchte es bald ein Ende nehmen!“ fuhr ihm durch den Sinn.

— Hol's der Teufel! . . .

Die Zeit verging, eine Minute verrann nach der anderen.

— niemand kam. Koch wurde unruhig . . .

— Zum Teufel auch! . . . rief er plötzlich ungeschicklich.

Herr Gott, was ist jetzt zu thun?

Rasokolnikow halte los, öffnete die Thür, es war alles still; plötzlich, ohne weiter zu überlegen, machte er die Thür fest hinter sich zu und lief die Treppe hinab.

Er hatte schon drei Treppen zurückgelegt, als plötzlich unter ihm ein Lärm entstand — wohin jetzt? Er schickte sich nirgendes verstecken; eben wollte er wieder in die Wohnung zurückkehren . . .

— He! Teufel! . . . Satan! . . . Halt' ihn!

Schreien lief jemand unten aus einer Wohnung herauf.





# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 276.

Freitag, den 23. November 1888.

5. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 22. November, 2½ Uhr.  
Am Tische des Bundesrathes: v. Boetticher.  
Die Bänke des Hauses sind fast besetzt. Von den Sozialdemokraten sind anwesend Bebel, Singer und Liebknecht.  
Der Vizepräsident der vorigen Session, Dr. Puhl, übernimmt auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung den Vorsitz und beruft zu provisorischen Schriftführern Büchlin, Wichmann, Koch und Hermes. Seit Schluss der letzten Session sind neu wiedergewählt: Liebknecht, Scheffer, Kröber und v. Bennigsen.  
Zwei Vorlesungen sind eingegangen, darunter der Reichshaushalt für 1889/90 nebst Anleihegesetz, der Gesetzentwurf betr. die Alters- und Invalidenversicherung, sodann Bestimmungen betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Gummiwarenfabriken, der Gesetzentwurf, betr. Abänderungen des Gesetzes über die Nationalität der Kaufahrtschiffe und ihre Befreiung zur Führung der Bundesflagge vom 25. Oktober 1867. Die Verlesung in die Abtheilungen wird vom Bureau nach einem Besuche nach Schluss der Sitzung vornehmen und die Revidirung der Abtheilungen nach Konstituierung der Beschlussefähigkeit des Hauses erfolgen.  
Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 288 Abgeordneten, des Haus ist also beschlussfähig.  
Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Wahl der Präsidenten und Schriftführer.)

## Kommunales.

### Stadtorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 22. November.  
Der Stadtorordnete-Vorsteher Stadtdr. Steng eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Die Abtheilungen sind zusammengetreten und haben die Wahl der in der vorigen Nummer beschlossenen Ausschüsse vollzogen.  
Ester Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage betr. die Verbreiterung der Friedrichstraße. Der Stadtorordnete-Ausschuss hat folgenden Beschluss gefasst: Die Stadtorordneten-Versammlung erklärt sich damit einverstanden, dass 1) für die Ostseite der Friedrichstraße zwischen der Behrenstraße und der Dorotheenstraße eine neue Bauachse nach Maßgabe des vorgelegten Plans zur Festsetzung gemacht und hierüber eine Ueberbauung der Kosmarinstraße zu bewilligen wird; 2) mit der Bayrischen Vereinsbank zu München und der Dresdener Bank zu Berlin ein Vertrag über die Verbreiterung der Friedrichstraße zwischen der Behren- und der Dorotheenstraße auf folgender Grundlage abgeschlossen wird: a) Die Banken verpflichten sich, das gesammte, zur Verbreiterung der Friedrichstraße auf vorgedachter Straße nach Maßgabe der zum Bauzustande erforderliche Terrain an die Stadtgemeinde Berlin bis spätestens am 1. April 1892 pfand- und lastenfrei abzurufen; b) die Banken verpflichten sich ferner, die Ostseite der Friedrichstraße von der Behrenstraße bis zur Dorotheenstraße innerhalb einer mit dem Magistrat zu vereinbarenden Zeit von 6 Jahren angemessen zu bebauen; c) die Stadtgemeinde Berlin erklärt sich dagegen bereit, die Ueberbauung des Einganges der Kosmarinstraße städtischerseits zu gestatten; d) die Stadtgemeinde verpflichtet sich, zur vorgedachten Straßenerweiterung eine Beihilfe von fünf Millionen Mark an die Banken aus einer zu diesem Zwecke aufzunehmenden Anleihe zu zahlen, und zwar 2500000 M. gegen Uebertragung des Straßenlandes zwischen der Behrenstraße und der Straße Unter den Linden, 1250000 M. gegen Uebertragung des Straßenlandes zwischen der Straße Unter den Linden und der Mittelstraße, 1250000 M. gegen Uebertragung des Straßenlandes zwischen der Mittelstraße und der Dorotheenstraße. 3. Die Versammlung macht die Bestimmungen der unter 1 und 2 erwähnten Beschlüsse von folgenden Bedingungen abhängig: a) dass seitens der Staatsbahnverwaltung die Verbreiterung der Friedrichstraße in der beschriebenen Weise und die Ueberbauung des Einganges der Kosmarinstraße gestattet, sowie die Genehmigung zur Anlage und zum Betrieb einer zweigleisigen Pferdeisenbahn durch die Friedrichstraße von der Kosmarinstraße bis zum Schiffbauerdamm, und zwar einschließlich der Ueberführung der Bahn über die Straße Unter den Linden bewilligt wird; b) dass die Große Berliner Pferdeisenbahngesellschaft sich bis zum 27. d. M. verpflichtet, die Kosten der Verbreiterung einen Beitrag von 1½ Millionen Mark zu zahlen. 4. Die Versammlung erklärt den Magistrat, für den Fall, dass mit der Großen Pferdeisenbahngesellschaft eine Einigung nicht zustande kommt, denjenigen Rechten, welche der Stadtgemeinde nach den mit der Gesellschaft geschlossenen Verträgen zustehen (Aufhebung der bezüglichen Konzession) Gebrauch zu machen. — Aus dem diesbezüglichen Schreiben der Großen Berliner Pferdeisenbahngesellschaft theilen wir Folgendes mit: Entsprechend dem Beschlusse unseres Ausschusses beehren wir uns ergebenst, unsere Erklärungen dahin abzugeben, dass nach der vom Ausschusse ausgehenden grundsätzlichen Ablehnung der Vertragsverlängerung unsere Offerte vom 1. d. M. als erledigt zu betrachten ist. Unsere Gesellschaft glaubt bereits in dem im letztem Beschlusse ein voll ausreichendes Äquivalent auch Beherrschung der Straße Unter den Linden und der Behrenstraße unter Ueberführung der Straße Unter den Linden geleistet zu haben. Wir haben die vorangehende Erklärung über die Uebernahme eines Kostenbeitrages ohne Rücksicht auf die höchst zweifelhaften Vortheile, die unsere Gesellschaft und vorwiegend in andrer Hinsicht der Verbreiterung der Friedrichstraße und der Herstellung der Verbindung zwischen der Behrenstraße und der Mittelstraße abgegeben und vorausgesetzt, dass ein wenigstens in der bedingten Vertragsverlängerung doch eine Gewähr geboten werden würde und zu bedauern, wenn dies nicht geschehen kann, eine Kostenbeitragsverpflichtung nicht übernehmen zu können. Wegen die Anleihe aus dem gedachten Vertrage müssen wir namentlich die vorgängige Vereinbarung vorbehaltend den Bestimmungen des § 9 desselben entsetzlichen Verwahrung einlegen. Die Direktion der Großen Berliner Pferdeisenbahngesellschaft.

Der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtdr. Wied, bezieht in längerer Rede die Beschlüsse des Ausschusses. Er betont besonders, dass es nicht nur Gründe finanzieller Natur seien, die den Ausschuss bewegen hätten, jede Verlängerung des Vertrages mit der Pferdeisenbahngesellschaft abzulehnen. Die wirtschaftlichen Interessen der Stadt widersprechen

dieser Verlängerung. Die Stadt kann die Möglichkeit, selbst die Verwaltung in die Hand zu nehmen, nicht hinausschieben. Die Pferdeisenbahngesellschaft ist eine Erwerbsgesellschaft, für die nicht das Verkehrsinteresse in erster Linie steht. Sie läßt sich deshalb ebenso schwer auf eine Tarifreform als auf die Einlegung von Arbeiterzügen ein. Dafür muß von der Stadt später entweder direkt oder durch von ihr eingesetzte Generalpächter gesorgt werden. Das Schreiben der Pferdeisenbahngesellschaft muß tiefer gehängt werden. Sollte von ihr kein Entgegenkommen zu erzielen sein, so möge die Stadt alle Rechte in Anspruch nehmen, die sie hat. Das will Punkt 4 des Ausschussesantrages.  
Stadtdr. Hante beantragt, von der Pferdeisenbahngesellschaft nur 1 Million (nicht 1½ Millionen) als Beihilfe zu verlangen.  
Stadtdr. Spinola ist mit Nr. 4 der Anträge nicht einverstanden. Man habe bisher mit der Gesellschaft in Frieden gelebt, ihre Leistungen wären vortrefflich, der Nutzen, den die Stadt jährlich von ihr ziehe, nicht gering. Man solle deshalb nicht gleich mit der Konzessionsentscheidung drohen. Die Fortsetzung der Verhandlungen werde dadurch erswert. Außerdem sei das Recht der Konzessionsentscheidung sehr zweifelhaft.  
Stadtdr. Singer: Ich bin zu meiner großen Freude in der Lage, einem Grundsatze, den der Ausschuss aufgestellt hat, rückhaltlos zuzustimmen, daß nämlich die Versammlung sich grundsätzlich gegen jede Verlängerung des Vertrages mit der Pferdeisenbahngesellschaft ausspricht. Dieser Vorschlag wird in weiten Kreisen der Bevölkerung, namentlich in denen, welche mit Recht oder Unrecht, wie ich hier nicht entscheiden will, der Meinung sind, daß die städtischen Behörden zu große Rücksicht auf die Interessen von Privatgesellschaften nehmen, mit Freude begrüßt werden. Ich freue mich besonders, daß der Herr Berichterstatter des Ausschusses diesen Gedanken so warm betont hat. In der That verlangen es in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der Stadt, daß endlich dem jetzigen Zustande ein Ende gemacht werde. Möge der Magistrat aus dem in dieser Richtung zu fassenden Beschlüsse die Lehre ziehen, daß er die Versammlung künftig mit Vorschlägen versehen, die auf eine Verlängerung der Konzession der Pferdeisenbahngesellschaft hinauslaufen. Insofern meine ich, hat die Vorlage ihr gutes, wenn sie auch sonst vielfach un sympathisch berührt. Bereits von dem Herrn Referenten wurde betont, daß Einheitstare, Verkehrsvereinfachungen u. s. w. niemals von einer Aktiengesellschaft aus freier Initiative werden eingeführt werden, weil sie nicht das Verkehrsinteresse der Gemeinde, sondern ihr Privatinteresse im Auge habe. Wir sind aber hier, um den Standpunkt der Kommune zu vertreten. Soweit der Ausschuss empfiehlt, von jeder Verlängerung der Konzession abzusehen, handelt es sich um einen für die bessere Zukunft der städtischen Verwaltung grundlegenden Beschluß. Vielleicht habe ich Grund anzunehmen, daß unsere Ausführungen gerade in dieser Angelegenheit nicht ganz ohne Einfluß geblieben sind. Vor 5—6 Jahren wäre ein solcher Beschluß nicht möglich gewesen. (Unruhe.) Wegen die weiteren Vorschläge des Ausschusses aber muß ich mich wenden. Ich gebe zu, daß die Verbreiterung der Friedrichstraße wünschenswerth ist, ebenso die Verbindung des Nordens und Südens der Stadt durch eine Pferdeisenbahnlinie, nur entsteht die Frage: Hat die Stadt nicht notwendiger Aufgaben zu lösen? Die Zustände mancher Straßen an der Peripherie der Stadt erhöhen in erster Linie eine Verbesserung, und dort hat die Stadt noch manche wichtige Aufgabe im Interesse des öffentlichen Verkehrs zu lösen. Der Ausschuss empfiehlt weiter einen Beitrag seitens der Stadt in Höhe von 5 Millionen Mark. Mir scheint, als habe der Ausschuss in sehr abgekürztem Verfahren diese Summe festgesetzt. Und gerade hier waren die eingehendsten Beratungen notwendig. Für den Fall, daß die Straße verbreitert wird, erhöht sich der Werth der Häuser auf der gegenüberliegenden Seite. Die Eigentümer dieser Häuser sollten zu den Kosten der Verbreiterung herangezogen werden. Der Ausschuss hatte wenigstens die Aufgabe, definitio zu erklären, daß dieser Weg ungangbar sei. Weiter habe ich mich gegen die Art zu wenden, wie der Ausschuss die Angelegenheit zu erledigen gedenkt. Trozdem die Pferdeisenbahngesellschaft ausdrücklich erklärt, daß sie ihre Offerte als erledigt betrachtet, geht der Ausschuss doch auf Verhandlungen mit der Gesellschaft ein, als wolle er ihr doch noch eine Brücke bauen. Ist die Pferdeisenbahngesellschaft wirklich, wie hier behauptet worden ist, in der Zwischenzeit anderer Meinung geworden, so ist es an ihr, diese Meinungsänderung anzudeuten, nicht daß die Stadtvertretung den Magistrat dafür abgibt. Wenn Sie grundsätzlich die Verlängerung des Vertrages ablehnen wollen, so schwächen Sie nicht den Eindruck dadurch ab, daß Sie selber der Pferdeisenbahngesellschaft die Möglichkeit der Verhandlung wieder bieten. Sind Sie von der Nothwendigkeit der Verbreiterung der Friedrichstraße überzeugt, so braucht diese Ueberzeugung nicht davon abhängig gemacht zu werden, daß die Pferdeisenbahngesellschaft einen Beitrag in Höhe von 1½ Millionen Mark zahlt. Was nun den Vorschlag anbetrifft, der in Punkt 4 der Ausschussesanträge niedergelegt ist, so lann ich den Ausführungen meines Vortrages nicht zustimmen. Einer solchen Gesellschaft gegenüber kann es nicht schaden, wenn die Stadt mit Nachdruck auf ihre Rechte hinweist. Noch ein Bedenken muß ich geltend machen. Alle Beschlüsse, die Sie in dieser Angelegenheit fassen, sind vorläufige. Ich weiß nicht, ob die Bedenken, die früher verhandelt, daß die Pferdeisenbahn über die Linden geführt werde, verschwunden sind, ob man nicht noch immer meint, daß die Möglichkeit der Entfaltung militärischer Schauspiele auf der Friedrichstraße durch eine Pferdeisenbahnlinie gestört werde. Ich weiß nicht, ob nicht etwa in Rücksicht auf die Huldigungen, die in letzter Zeit seitens der städtischen Behörden in so reichem Maße erfolgt sind, die Auffassung an gewisser Stelle eine mildere geworden ist. Wie leicht ist es aber möglich, daß durch Nichtertheilung der Genehmigung unsere heutigen Verhandlungen illusorisch gemacht werden! Alles in allem muß ich die Nothwendigkeit der Verbreiterung der Friedrichstraße bestreiten. Die Mittel der Stadt sind gerade in letzter Zeit durch beträchtliche Ausgaben für Zwecke sehr in Anspruch genommen worden, die nach meiner Auffassung nicht auf dem Gebiete der städtischen Verwaltung liegen. Stimmt man noch hinzu, daß die Zustände der Straßen der früheren Stadtheile noch sehr verbesserungsbedürftig sind, so muß man zu dem Schlusse kommen, die Ausschussesanträge abzulehnen. Lehnen Sie die Magistratsvorlage ebenfalls ab, und überlassen Sie es dem Magistrat mit neuen Vorschlägen vorzukommen. Wir haben keine Veranlassung, dem Magistrat in dieser Angelegenheit selber Vorschläge zu unterbreiten. Machen Sie reinen Tisch; versäumt wird nichts, wenn die Angelegenheit nicht sofort erledigt wird, im Gegentheil, unsere Stellung wird nur günstiger.  
Stadtdr. Haake begründet seinen Antrag, von der Pferdeisenbahngesellschaft nur 1 Million zu beanspruchen, mit einigen Worten.  
Stadtdr. Jacobs hält im Gegentheil die Summe von

1½ Millionen zu niedrig und fordert 2 Millionen. Im übrigen tritt er in längerer Rede den Ausführungen des Stadtdr. Singer entgegen.  
Stadtdr. Reichenow verteidigt die Ausschussesanträge. Gegen die Ausführungen des Stadtdr. Singer bemerkt er, daß es keinen Paragrafen gebe, durch welchen die Hauseigentümer der westlichen Seite der Friedrichstraße zwischen Behren- und Dorotheenstraße gezwungen werden könnten, zu den Kosten beizutragen.  
Ein Schlussesantrag wird angenommen.  
Unter Ablehnung aller übrigen Anträge werden die Ausschussesanträge unverändert angenommen.  
Zur Geschäftsordnung bemerkt Stadtdr. Singer, daß über den wichtigsten Antrag des Ausschusses gar nicht abgestimmt sei, nämlich über den, welcher es prinzipiell ablehnt, die Konzession der Pferdeisenbahngesellschaft zu verlängern.  
Es entspinnt sich nun ein lange Geschäftsordnungsdebatte, in der die Stadtorordneten Broemel, Wied, Moses, Horwitz und Meyer I die Meinung vertreten, daß dieser Antrag nur ein vorbereitender Antrag gemessen sei, der allein den Ausschuss angehe.  
Die Stadtdr. Singer, Jacobs und Hoffmann II heben dagegen hervor, daß im Protokoll der Ausschussesberatungen ausdrücklich die Eingangsworte des (übrigens im Ausschuss einstimmig angenommenen) Antrages lauten: „Der Ausschuss beschließt der Versammlung folgenden Beschluß zu empfehlen. Stadtdr. Singer betont, daß gerade die prinzipielle Ablehnung jeder Konzessionsverlängerung von äußerster Wichtigkeit sei und daß es so scheint, als lämmere man sich jetzt an formelle Einwände, um einen bindenden Beschluß in der Plenarsitzung zu umgehen.  
Der Vorsitzende entscheidet schließlich, daß der unter den Tisch gefallene Ausschussesantrag nicht zur Abstimmung zu bringen sei, und der Gegenstand wird verlassen.  
Einige unwesentliche Magistratsanträge werden debattelos theils durch Annahme, theils durch Verweisung an Ausschüsse erledigt.  
Bei der Vorlage, betr. die Verwendung der Ueberreste aus den herrenlosen Erbschaften zur Unterstützung verschämter Armer beantragt der Stadtdr. Zuhauer, den Ausschuss, „verschämter Armer“ zu streichen und die Summe einfach als zur „Verwendung für Armenunterstützung bestimmt“ zu bezeichnen. Unter den sogenannten verschämten Armen befinden sich viele unverschämte. Wenn jemand durch die Mängel der wirtschaftlichen Verhältnisse verarmt sein, so brauche er sich seiner Armuth nicht zu schämen; sondern könne, wie der Arbeiter, der Zeit seines Lebens arm sei, wenn er in Noth gerathe, sich ruhig an die Armenverwaltung wenden. Es sei kein Grund vorhanden, sich der „verschämten Armuth“ besonders anzunehmen.  
Nachdem darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Antrag eine Aenderung des ganzen Geistes der Armenpflege hervorgerufen würde, wird er abgelehnt.  
Einige Rechnungen werden dem Ausschuss für Rechnungssachen überwiesen.  
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.  
Schluss 8 Uhr.  
Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

## Lokales.

Eine Erhöhung des Salzpreises sieht uns nach den neuesten Börsennachrichten bevor. Nachdem die umfangreiche Lüneburger Saline dem norddeutschen Salinerverbände beigetreten, dessen Centralstelle Hannover ist, und somit eine völlige Einheitlichkeit in den Bestimmungen der Salinen-Interessenten erreicht worden, haben dieselben beschlossen, eine Erhöhung des Salzpreises um 40 Pf. für den Centner einzutreten zu lassen. Wie es in der Veröffentlichung dieses Beschlusses heißt, wird durch diesen Aufschlag den Salinendestillern ein um 40 pCt. vortheilhafterer Ablass ihrer Produkte ermöglicht. Um aber das konsumierende Publikum wegen der unausbleiblichen Erhöhung des Salzpreises im Einzelverkauf zu beruhigen, wird in dem bezüglichen Beschlusse bemerkt, daß die Preissteigerung wegen der Salzsteuer, die 8 M. pro Centner beträgt, nur 5 pCt. ausmachen werde. Das Pfund Salz kostet jetzt bei unseren Materialwaarenhändlern 10 Pf., wird also, wenn die Preissteigerung eingetreten ist, 10½ Pf. kosten. Da es aber halbe Pfennige nicht giebt und der Materialwaarenhändler, welcher jetzt schon nicht auf Rosen gebettet ist, den halben Pfennig aus seiner Tasche nicht zulegen mag, so wird der halbe Pfennig zu einem ganzen werden, das Pfund Salz also 11 Pf. kosten. Scheinbar ist es allerdings richtig, daß die Preissteigerung nur 1 Pf. pro Pfund betragen werde, also doch immerhin 10 pCt. Bleibt man aber die Salzsteuer mit 8 M. pro Centner, die Transportkosten und den Handelsgewinn für den Großhändler und Kleinhändler mit 2 Mark pro Centner ab, so bleibt ein Einkaufspreis von 2 M. an der Saline und dieser Preis wird durch die Salzkonvention um 25 bezw. 50 pCt. erhöht. Die Salzsteuer zum Weithe des Salzes zu schlagen, ist eben nichts als Spielerei, um das habgierige Gebahren der Salineninteressenten zu verdecken. Inwiefern dieser Vorgang auch wiederum Gelegenheit, dem Proletariat zum Bewußtsein zu bringen, daß er derjenige ist, auf dem der größte Theil der Steuerlast, die er auf niemand abwälzen kann, ruht. Der Arme verbraucht viel mehr Salz als der Reiche, ihm muß oft auf dem Butterbrot das Zuerst an Butter oder die gar mangelnde das Salz ersetzen, darum hat man zu seinem Troste das Sprüchlein erfunden: „Salz und Brot macht Wangen roth.“ Schade, daß er es heut nicht mehr glaubt, er sagt jetzt: „Nur Salz und Brot bringt frühen Tod.“

Die Lösung des Geheimnisses, warum die Regierung die Bildung von Innungen begünstigt, hat ein hiesiges Innungsblattchen voll tiefer Weisheit entdeckt und lassen wir die Entdeckungen des unbekannteren Innungsblattchens zu Ruh und kommen für Jedermann hier folgen: „Warum, wird mancher fragen“, schreibt das Innungsblatt, „begünstigt die Regierung die Bildung von Innungen? Nun, aus demselben Grunde, warum die Gewerbetreibenden nach einem Gewerbegebiete verlangen. Weil es bei der heutigen komplizirten Gewerbetätigkeit und bei der Kapitalwirtschaft den städtischen und staatlichen Behörden ungemein schwierig, beinahe unmöglich gemacht wird, gewerblichen Uebelständen abzuwehren und Recht zu sprechen. Denn wenn mancher Fachmann sich nicht getraut, in jedem Fall seines Gewerbes nach Recht und Billigkeit zu entscheiden, wie sollen da die städtischen und staatlichen Behörden bei der Masse von verschiedenen Gewerben dazu in der Lage sein? Deshalb begünstigt die Regierung (und als Bemerkung wird hier eingeschaltet: Für uns ist die Regierung eine verwaltende Behörde, die zumal hier bei uns in Deutschland sehr für die Interessen des produktiven Volkes eintritt; wir sind uns dessen mit Dank bewußt und haben deshalb am allermeisten Lust, uns an dem einfältigen Dingen





genommen. Der Zeuge, welcher unmittelbar über der Verbrechen Stube schloß, hat ebenfalls geglaubt, daß unter ihm Holz zerleinert wurde, er hat erst drei bis vier Leichte und dann einen besonders kräftigen Schlag gehört, der etwa eine Minute später fiel, dann war alles still. Die Schwester der Angeklagten bezeugt, daß die letztere ihr oft ihre Noth über den geringen Gehalt ihres Mannes gellagt und eine besondere Abneigung gegen die ihr zugemuthete vollständige Ueberfiedelung nach Böhmen gezeigt habe. Auch habe sie sich häufig über die Mißhandlungen beklagt, welche sie seitens ihres Mannes zu erleiden habe. Sie sei häufig in trüber Stimmung gewesen, Drohungen hat die Zeugin aber nie von ihr gehört. Am Morgen nach der That sei die Angeklagte mit verweinten Augen und vollständig verflört zu ihr gekommen. Erst nach längerem Eindringen auf sie, was denn passiert sei, brach sie in die Worte aus: „Ach Anna, ich konnte es nicht mehr aushalten, mein Mann ist todt! Er hatte mich wieder zu sehr geschlagen.“ Die Zeugin hat noch nicht an ein Verbrechen gedacht, sondern der völlig sassungslösen Schwester den Rath gegeben, sofort zur Mutter zu fahren. — Kriminalkommissar Präger hat durch die Lokalbeschäftigung die Ueberzeugung gewonnen, daß die That unter keinen Umständen im Bette begangen sei. Die Wand neben der Kommode sowie der Fußboden zeigte Blutspuren, der letztere eine Blutlache. Auch den Zeugen gegenüber hat die Angeklagte dieselbe Vorstellung des Sachverhalts gegeben, wie sie es heute thut. Es wird hiermit die Beweisaufnahme geschlossen. Der Verteidiger stellt den Antrag, außer der Hauptfrage, die auf vorläufige Tödtung lautet, noch die beiden Unterfragen zu stellen, ob die Angeklagte ohne eigene Schuld durch grobe Mißhandlungen zu der That gereizt worden sei, und mildernde Umstände vorhanden seien. Der Gerichtshof gab diesem Antrage statt. Es wurde dann dem Staatsanwalt Dr. Borchert das Wort ertheilt. Die Hauptfrage würden die Geschworenen angesichts des Ergebnisses der Beweisaufnahme wohl zweifellos bejahen, es könne sich nur um die Prüfung der Unterfragen handeln und seiner Ansicht nach seien diese zu verneinen. Der Staatsanwalt führte sodann aus, daß die Angaben der Angeklagten, sie sei unmittelbar vor der That durch Mißhandlungen gereizt worden und habe weitere Mißhandlungen befürchtet, einen Glauben nicht verdiene. Eher könne man annehmen, daß hier ein Mord und nicht ein Tödtungsfall vorliege. Man müßte in diesem Falle, um die Ueberzeugung nachweisen zu können, aber annehmen, daß die That am Morgen und nicht am Abend begangen sei, und wenn auch eine Reihe von Thatfachen für die erstere Annahme spräche, so genüge dies doch nicht, um den Beweis für erbracht anzusehen. Daß die That im Affekt geschehen, entspreche auch eher dem reichbaren heitigen Naturell der Angeklagten. Es bleibe nur die Annahme übrig, daß die Angeklagte ihren Mann bei dem Streite vor Mitternacht tödtete und gegen Morgen, sei es nun, daß das Opfer noch Lebenszeichen von sich gegeben, oder die Angeklagte sich dies nur eingebildet habe, noch weitere Schläge mit dem Beile nach ihm führte. Es komme bei der Beurtheilung der ersten Unterfrage darauf an, ob die Angeklagte die Büchsigung ihres Mannes „ohne eigene Schuld“ hervorgerufen und erlitten habe und dies lasse sich aus der Beweisaufnahme nicht herleiten. Der Verordnete habe bei einzelnen Gelegenheiten eine rührende Nachsicht gegen die Angeklagte bewiesen, er erinnere nur an sein Verhalten bei dem von ihr verurtheilten Petroleum-Mittentat, welches doch an Eifersüchlichkeit seines Gleichen habe. Daß die Angeklagte von ihrem Ehemanne wiederholt hat Mißhandlungen erdulden müssen, sei zu glauben, aber sie selbst habe sich dies durch ihr Benehmen zuzuschreiben und die mildernde Bezeichnung „ohne ihre Schuld“ sei bei ihr sicher nicht angebracht. Aber auch die mildernden Umstände würden die Geschworenen wohl nicht zuzubilligen, wenn sie die grenzenlose, alles Maß übersteigende Rohheit und Bestialität, womit die That ausgeführt worden, sich vergegenwärtigen. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Thielmann, verhehlte sich nicht, daß er einen schweren Stand habe. Er suchte sodann den Nachweis zu führen, daß die Angeklagte sich bei der That in einem Zustande so hochgradiger Aufregung befunden habe, daß ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Er dat die Geschworenen, diesen Punkt einer reiflichen Erwägung zu würdigen. Es sei ziemlich klar erwiesen, daß die Angeklagte von ihrem Mann recht herablich schlicht behandelt worden sei, und nichts stehe der Darstellung, welche die Angeklagte von den entsetzlichen Vorgängen gegeben, im Wege. Danach habe dieselbe sich mit ihrem Manne gestritten, sei mißhandelt worden und darüber in so blinde Wuth gerathen, daß sie in bewußtlosem Zustande sich befunden habe, als sie das Beil ergriff und auf ihren Mann losstürzte. Nehme man dies an, so müßte die Schuldfrage verneint werden, zu demselben Resultat müßte man gelangen, wenn man eine Nothwehr als vorliegend erachte. Eine solche habe aber entschieden vorgelegen. Der Verteidiger suchte sodann des Längeren auszuführen, daß die mildernde Seite des § 213 hier entschieden vorliege, da die Angeklagte „ohne eigene Schuld“ durch die ihr zugefügten Mißhandlungen zum Mord gereizt und hierdurch auf der Stelle zur That hingerissen worden sei. Aber auch in der ganzen Person der Angeklagten liegen mildernde Umstände. Die Angeklagte habe bei der Beurtheilung mit ihrem Ehemanne ein bedauerndes Loos ergriffen, welches das blühende, sitzame, eheliche Mädchen zu einer abgemühten, ausgehungerten Frau gemacht habe. Es sei lediglich Schuld des Ehemannes gewesen, daß er mit der Angeklagten fortgesetzt mit Nahrungssorgen zu kämpfen hatte; die Angeklagte habe ihren letzten selbst erworbenen Groschen hergegeben, dafür aber nichts wie Schimpf und Mißhandlungen von demselben eingekriegt. Sie verdiene deshalb mindestens die Püblikung mildernder Umstände. — Nach dem Resumee des Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen um 4½ Uhr zur Beratung zurück.

Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig der vorläufigen Tödtung, und sie bejahten die Frage, ob die Angeklagte ohne ihre Schuld gereizt worden sei. Unter diesen Umständen konnte der Staatsanwalt nur eine Gefängnißstrafe beantragen, er hat aber, auf das höchste zulässige Strafmaß — fünf Jahre und fünf Jahre Ehrverlust — erkennen zu wollen. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage. Die Verurtheilte erklärte, sich bei dem Erkenntnis beruhigen zu wollen.

Wie verführerisch es für junge Leute ist, geht aus dem pöblich größten Geldbetrage in die Hände bekommen, wenn aus den zahlreichen Verhandlungen hervor, die bereits gegen jugendliche Ausreißer von den Gerichten geführt worden sind. Oftern hatte die 89. Abtheilung des Schöffengerichts wiederum über einen solchen Fall zu befinden. Der Tapezierlehrling Friedrich Jost wurde am 2. April d. J. von seinem Meister, dem Tapezierer Wüdderger, mit einem Hundertmarkschein fortgeschickt, um für denselben kleinere Münze einzuwechslen. Meister Wüdderger mußte aber vergeblich auf das Ringgeld warten und hat bis heute noch nichts davon gesehen, denn der Bursche hatte sich in die weite Welt begeben, um die „Freiheit“ mit Hilfe der kimmernden Geldstücke zu genießen. Obwohl die Staatsanwaltschaft den üblichen Steckbrief hinter den Verschundenen erlassen hatte, so gelang es der Polizei jedoch erst nach sieben Monaten, am 2. November, den Flüchtling zu erwischen. Zu seiner Einschuldigung mußte er nichts anzuführen, als daß er sich während der langen Zeit gründlich im Lande umhergetrieben habe. Da dem Angeklagten zur Zeit der That noch zwei Tage an der Vollendung des 18. Lebensjahres fehlten, so kam er nach dem Antrage des Staatsanwalts mit 4 Wochen Gefängniß davon.

Noth und Elend sind im Bunde mit Unwissenheit in den meisten Fällen die Triebfedern zu Verbrechen und Vergehen, die sich gegen das Eigenthum richten. Aus Noth hatte sich auch die Aufwärtin Anna Hübler gegen das Eigenthum vergangen. Sie hatte sich nämlich während ihrer Thätigkeit bei einer Frau Weiß deren Sparloosbuch, welches auf 120 Mark lautete, angeeignet und von der Summe 100 Mark erhoben, um mit dem Gelde ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Aus der Verhandlung ging nicht mit Sicherheit hervor, ob die Angeklagte von ihrem Manne oder umgekehrt der Mann von ihr fortgezogen war; soviel war aber klar, daß sie mit einem ganz kleinen Kinde ein jämmerliches Dasein fristen mußte. Den Diebstahl räumte sie auch unumwunden ein und entschuldigte sich nur mit der großen Noth, in der sie sich zur Zeit befunden habe. Sie sei mit einem Kinde niedergelommen und habe weder für dieses noch für sich die geringsten Mittel gehabt; in der Verweigerung habe sie schließlich das Geld erhoben und verbraucht. — Der Gerichtshof billigte der Angeklagten angesichts der Sachlage mildernde Umstände zu und verurtheilte sie zu 14 Tagen Gefängniß.

Als ein sehr gewandter Schwindler kennzeichnet sich der „Bureauvorsteher“ Hennig, welcher sich gestern vor der 89. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Unterschlagung zu verantworten hatte. Durch Vorlegung guter Zeugnisse war es dem Angeklagten gelungen, die Stelle eines Bureauvorstehers bei dem Rechtsanwalt Freudenbeck zu erhalten, dessen Vertrauen er sich dann in geschickter Weise zu erwerben wußte. Am 25. Juni empfing Hennig von seinem Chef 107,65 M. mit dem Auftrage, diese Summe an einen Klienten per Post einzusenden, und da es schon ziemlich spät am Abend war, sollte er den Postschein am nächsten Morgen mit noch dem Bureau bringen. Der Angeklagte kam zwar am nächsten Tage zur gewöhnlichen Zeit, erklärte aber, daß er den Schein noch nicht vorlegen könne, weil es ihm nicht mehr möglich geworden sei, die Sendung noch am vergangenen Tage zu bewirken. Deshalb habe er seine Frau beauftragt, die Sache zu besorgen. Am Nachmittag desselben Tages ließ sich Hennig nicht mehr erblicken und auch am folgenden Tage kam er nicht, wohl aber erhielt der Rechtsanwalt eine Karte, auf welcher der Angeklagte sein Ausbleiben mit der Bemerkung entschuldigte, daß er wegen Umzugs nach Wilmsdorf nicht erscheinen könne. Es vergingen jedoch mehrere Tage, ohne daß Hennig etwas von sich hören ließ und schließlich stellte sich heraus, daß dieselbe überhaupt gar nicht gezogen war. Da der Angeklagte trotz mehrmaliger schriftlicher Aufforderung keine Rücksicht über den Verbleib des Geldes oblagte, wurde die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. — Hennig nahm vor dem Gerichtshof seine Zuflucht zu dem alten Schwindel; er behauptete, das Geld sei ihm irgendwo abhanden gekommen, obgleich er zugeben mußte, seinem Chef zur Zeit hieron nichts gesagt zu haben. Diese Ausrede fand bei dem Staatsanwalt nicht den geringsten Glauben, weil der Angeklagte schon fünfmal wegen Unterschlagung verurtheilt ist und außerdem noch wegen anderer Schwindeln demnächst vor die Strafkammer kommen wird. Aus diesen Gründen beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnißstrafe von 2 Jahren und 2 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte vertheidigte sich in geschickter Weise und hatte auch insofern Erfolg, als der Gerichtshof die beantragte Strafe auf 9 Monate Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust herabsetzte.

In der am vorigen Sonnabend vor der Fürther Strafkammer gegen Grillenberger und Bernhard verhandelten Sache wegen Verbreitung verbotener Druckschriften wurde am Dienstag Abend das Urtheil publizirt. Dasselbe lautet gegen Grillenberger auf eine Geldstrafe von 100 Mark oder zehn Tage Gefängniß, gegen Bernhard auf 60 Mark oder sechs Tage Gefängniß. In den früheren Instanzen waren beide Herren freigesprochen worden, aber das Reichsgericht hatte erklärt, daß die Angeklagten, als sie von dem Verbot der Druckschrift Kenntniß erhielten, verpflichtet gewesen seien, die aufgegebenen Exemplare von der Post zurückzubolen. Diese Motivirung eignete sich die Fürther Strafkammer an und fügte hinzu: die Ausrede der Angeklagten, sie seien hierzu nicht in der Lage gewesen, sei unrichtig. Da Grillenberger von dem Verbot der Druckschrift schon um 10 Uhr Vormittags, Bernhard von demselben Mittags 12 Uhr Kenntniß erhielt, die Pakete aber erst mit dem um 12 Uhr abgehenden Zug expedirt worden, sei es in ihrer Macht gewesen, den Abgang der Pakete zu hindern. Aber auch wenn sie sich nicht selbst an die Post behufs Wiedererlangung der Pakete wenden wollten, so hätte eine einfache Notiz an die Polizei genügt. Da sie es also nach jeder Richtung hin unthunlich, den Abgang der Druckschrift zu hindern, hätten sie sich eines Vergehens nach § 19 des Sozialistengesetzes schuldig gemacht. — Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir diesen Urtheilspruch bedauern. Er mag der juristischen Andeutung alle Ehre machen — das deutsche Volk lebt in anderen Rechtsanschauungen.

**Vereine und Versammlungen.**

Die freie Vereinigung der Vergolder und Fachgenossen hielt am 19. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Julius Tün über: Die moderne Pocke und die Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Dank entgegengenommen. Eine kurze Diskussion, in der die Redner dem Vortragenden in seinen Ausführungen zustimmten, folgte und nachdem noch zu Punkt 3 die Anträge erörtert wurden: den Wochenbeitrag zu erhöhen und die nächste Versammlung vor dem 15. stattfinden zu lassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Fernstudios hielt am 20. d. M. in den Aminballen eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Dr. Benkenhoff einen Vortrag „über den Kampf ums Dasein in der Natur“ hielt. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zum 2. Punkt „Verschiedenes“ wurden die Büllets zum 3. Stiftungsfest, verbunden mit Wiener Maskenball, am 26. Januar, vorausjahl. Dasselbe findet in Stein's Salon, Rosinholerstr. 38 im Verein junger Kaufleute statt. Es werden alle Kollegen und Freunde freundlichst dazu eingeladen.

Mit der Bitte um Aufnahme gehen uns von den Herren Jensen u. Co. in Hamburg folgende Zeilen zu: „Hamburg, den 21. November. In der öffentlichen Sattler-versammlung in Berlin am Sonnabend, den 17. November, in Graetwils Bierhallen wurde unter „Verschiedenes“ mitgetheilt, daß „der Verleger der „Sattlerzeitung“ nur sozial Betungen schick, als ihm Geld vorher eingeliefert wurde“. Wir erlauben uns demgegenüber zu vernehmen, daß wir die „Sattlerzeitung“ wie die übrigen bei uns verlegten Fachblätter für den ersten Monat jeden Quartals auf Kredit liefern, jedem Abonnenten also vier Wochen Zeit zur Zahlung lassen. Von einer verlangten Vorauszahlung kann also unter keinen Umständen die Rede sein, wie wir dies für die verehrlichen Leser Ihres Blattes feststellen wollen. Für die Sattlerreise behalten wir uns eine eingehende Erwiderung der uns gemachten Vorwürfe in der „Sattlerzeitung“ vor. E. Jensen u. Co.

Berliner Verein für volkswirthschaftliche Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Freitag, den 23. November, Abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 26—27: Vortrag der Frau Direktorin Ruche über den Einfluß der Mutter auf das Wohl des Kindes vor seiner Geburt. Nur für Damen.

Mitgliederversammlung der Filiale Berlin 7 der Allgemeinen Kranken- und Sterbelasse der Metallarbeiter (eingetragene Hilfslosse 29 Hamburg) am Sonnabend, den 24. d. M., Abends 8½ Uhr, bei Jakob Lindowestr. 26.

Fachverein der Tapezierer. Montag, den 26. d. M., Abends 8½ Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag und Diskussion. Referent Herr Dr. Etahn über: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Erde. 2. Wahl einer Werkstätten-Kontrollkommission. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragebogen. Mitgliederaufnahme findet vor Beginn der Versammlung statt.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Quittung buch legitimirt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es nicht pöblich, zahlreich zu erscheinen.

Verein zur Pflege freireligiösen Lebens. Sonntag den 25. November, Vormittags 10½ Uhr, Niederwallstraße 1 im unteren Saale: Vortrag des Herrn Dr. Böckel. Zutritt frei. Freier Zutritt für Gäste (Herren und Damen). Vortragsunterricht jeden zweiten und letzten Sonntag des Monats Vormittags 9 Uhr.

Arbeiter des Nordens Berlins! Am Mittwoch 28. d. Mts., findet in Hensel's Lokal, Invalidenstr. 1, öffentliche Arbeiter-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Bildung eines Arbeitervereins des Nordens Berlins. 2. Wahl des provisorischen Vorstandes. 3. Wahl einer Statutenredaktionskommission.

Das Konzert, welches vom Gesangverein Gutenberg vom Gesangverein der Tapezierer Berlins am 25. November 1888 stattfinden sollte, wurde von der Behörde nicht genehmigt, wann dasselbe stattfinden wird, bekannt gemacht werden.

Zur Nachricht. Die zu Freitag, den 23. d., im Saal, Annenstr. 16, angekündigte Versammlung des Vereins der Nähmaschinen- und Handarbeiterinnen Berlins und Umgebung infolge eines Irrthums seitens des Lokalvereins nicht stattfinden. Derselbe findet dagegen am Montag, 26. d., Abends 8 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, im Parterresaal statt.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Freitag, den 23. d., Abends 8 Uhr bei Adrina, Dresdenstraße 1, im Restaurant Tamm, Schönhauser Allee 28. — Gesangverein „Pauschke“ Abends 8 Uhr im Restaurant Hensel, Alexandrinenstr. 16. — Tafel der Maler Berlins“ Abends 9 Uhr im Restaurant Brandenburgerstr. 60. — Gesangverein „Näherliches Quartett“ Abends 9 Uhr im Restaurant Rusehold, Bergerstraße 31. — Gesangverein „Kortschritt“ Abends 9 Uhr im Restaurant Blumenstraße 48. — Gesangverein „Offian“ Abends 9 Uhr in Desdenestr. 85 bei Gustavus. — Supperliche Singvereinigung „Harmonie“ Abends 9 Uhr bei Rieft, Berlinerstraße 17. — Gesangverein „Boulevard“ (Männerchor) Abends 8½ Uhr im Restaurant „Teutonia“, Belfortstraße 18. — Vereinigung des Fachvereins der Steinträger Berlins. Abends 8 Uhr Gr. Hamburgerstr. 4 Uebungsstunde. — Gesangverein „Dünefange“ Abends 8½ Uhr Budower Garten. — Gesangverein „Wiederhall“ Freitag Abends 9 Uhr, im Restaurant Berger, Köpnickstr. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. — Turngenossenschaft (V. Männerabtheilung) Abends 8½ Uhr in der südlichen Turnhalle, Wasserhorststraße 1. Turnverein „Hafenbaude“ (Männer-Abtheilung) Abends 8 Uhr Diefenbachstraße 60 61. — Turnverein „Frei“ (Männerabtheilung) Abends 8½ Uhr Bergstr. 10. Wissenschaftlicher Verein für Koller'sche Stenographie. Abends 8½ Uhr im Restaurant Rietzen, Dorotheenstr. 31, Unterrichts- und Uebungsstunde. — Allgemeiner Arents'scher Stenographieverein, Abtheilung „Vorwärts“, Abends 8½ Uhr im Restaurant Röll, Mariannenplatz 11. — Arents'scher Stenographieverein, Abtheilung „Apollobund“ Abends 9 Uhr im Restaurant, Seydlitzstr. 2. Verein ehemaliger Dr. Doebelin'scher Schüler“ Abends 9 Uhr im Restaurant Krebs, Friedrichstr. 208. — Noigt'scher Studenten-Orchesterverein. Abends 8½ Uhr Uebungsstunde im Restaurant Lehmann, Alexandrinenstr. 32. — Bitterverein „Hohenzollern“ Abends 8½ Uhr im Restaurant „Wahlstatt“, Alliancestraße 89. — Rauchsclub „Westend“ Abends 9 Uhr im Hohenzollerngarten, Steglitzerstr. 27. — Rauchsclub „Weißbier“ Abends 8½ Uhr im Restaurant, Slatkystr. 147a.

**Kleine Mittheilungen.**

Buenos-Ayres. Entsetzliche Leiden hatte die Besatzung der englischen Bark „Glenmore“ zu beziehen, welche am 8. d. bei Kap Diego an der südamerikanischen Küste scheiterte. 40 fährigem angestrenten Rudern erreichten die Schiffsleute die Gilder's Bai, wo sie zum Glück eine Riste Curry fanden, mit einigen Beeren ihre Mablzeit bildeten. Von da fuhren die Leute nach St. John's, wo die Argentinische Republik die Beuchthum erreicht hat. Dank der guten Pflege erholten sie von ihren Strapazen. Man sagte ihnen, daß der Dampfer, welcher alle drei Monate von Buenos Ayres Lebensmittel nach in wenigen Tagen fällig wäre. Das Schiff ging aber verloren und so schwanden die Vorräthe allmählig, bis Seegras und Seesegel ihre Nahrung bildeten. Die Seeleute verzehrten zwei Monate auf der Insel und der Winter, dort neun Monate lang dauerte, brach schon an, als die Besatzung übergebenes Schiff in Sicht kam. John Matrofen, der ihm entgegen, ihr Boot kam aber niemals wieder zurück, daß die gesammte Besatzung desselben wahrcheinlich ertrunken ist. Endlich Mitte September langte der Dampfer von Buenos Ayres an. Der zweite Steuermann des „Glenmore“, welcher bei seiner Ankunft in Liverpool den obigen Bericht über die Besatzung fügte noch die folgende furchtbare Erzählung hinzu: „Unsere Aufwartung auf der Insel theilten uns die Besatzungswärter mit, daß vor 14 Jahren die Besatzung zweier Schiffe auf Staten-Inland, etwa 25 Meilen vom Nordpol, gelandet sei. Wenige Wochen darauf starben 16 von den 32 Ankömmlingen nach dem Ueberdauern, von dessen Dasein sie zuvor nichts gemerkt hätten, kommen und erzählten, daß ihre 16 anderen Kameraden gestorben seien. Der Buenos Ayres-Dampfer habe dieselben an Bord genommen. Als später die Leuchtturmwärter die Stelle besucht hätten, wo die Schiffbrüchigen gelandet waren, seien drei Häser dort gewesen, welche dem Anscheine nach Kindfleisch gefressen waren. Bei näherer Untersuchung stellte der Inhalt jedoch als Menschenfleisch heraus. Der Schiffsarzt zu nahe, als daß er ausgesprochen zu werden brauchte.“

**Telegraphische Depeschen.**

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, Donnerstag, 22. November. In der am d. M. abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Reichsrath dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verordnungs- und Wirthschaftsgenossenschaften, die Zustimmung. Konvention mit dem Freistaat Salzdorfer wegen Berlin'sches des mit demselben bisher bestandenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsahrtsvertrages vom 13. Juni 1870 wurde durch Ausschuß für Handel und Verkehr zur Berathung überwiesen. Ueber den vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vorarbeiten für das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm I., wird in einer der nächsten Sitzungen Beschluß gefaßt werden.

Fremen, Donnerstag, 22. November. Die deutsche Schiffsahrt zur Rettung Schiffbrüchiger meldet aus Curacao: Sonntag 22. November von einem vor der Erde geleiteten Schiffe 5 Personen durch des Rettungsboot des Leuchtturms gerettet. 3 Personen sind leider umgekommen.

Sukareff, Donnerstag, 22. November. Zum Präsidium der Deputirtenkammer wurde Lazar Catorgi gewählt.

**Briefkasten der Redaktion.**

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Abteilung des Blattes zu befragen. Antwort wird nicht ertheilt.

Indenstr. 59. Eine Wendenstafel für Ludwig Uhlmann befindet sich am Burgberg zu Daxburg. Sie enthält die Wendenstafel. Dieser Ort ist durch die Fußspuren Ludwig Uhlmann's heilig.

Zwei Wetteude. Tausend Millionen sind eine Willkommene. D. P., Pringru-Alte. Gehen Sie persönlich nach den hiesigen Bezirkskommando und stellen Sie dort die Sache.